



Solothurn, 16. Januar 2025

Medienmitteilung

Breite Front gegen den höchsten Mindestlohn in der Deutschschweiz

Die im Kanton Solothurn am 9. Februar zur Abstimmung stehende Mindestlohn-Initiative stösst auf breite Kritik. Der staatlich festgelegte Mindestlohn von 23 Franken pro Stunde wäre der höchste in der Deutschschweiz und würde besonders kleine und mittlere Unternehmen (KMU) hart treffen.

Gefährdet Arbeitsplätze und schwächt den Wirtschaftsstandort Solothurn

«Mit dem vorgeschlagenen Mindestlohn setzt diese Initiative völlig unrealistische Massstäbe», gibt den auch Armin Egger, Präsident der GLP Kanton Solothurn zu Bedenken. «Sogar im Vergleich mit dem Kanton Basel-Stadt, in welchem das Lohnniveau deutlich höher als bei uns liegt, ist der aktuelle Mindestlohn tiefer angesetzt. Nämlich bei 22 Franken».

Auch Richard Aschberger, SVP-Kantonsrat und Unternehmer, sieht in der Initiative eine Bedrohung für den Kanton Solothurn: «Insbesondere KMU werden durch einen solch hohen Mindestlohn stark belastet. Viele könnten gezwungen sein, Mitarbeiter zu entlassen oder sogar Betriebsstandorte in andere Kantone zu verlagern. Die Folgen wären nicht nur der Verlust von Arbeitsplätzen, sondern auch eine Schwächung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Solothurn.»

Setzt die Sozialpartnerschaft aufs Spiel

Neben den wirtschaftlichen Risiken weist Stefan Nünlist, Kantonsrat und Präsident der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn, auf die Gefahr für das bewährte System der Sozialpartnerschaft hin: «Löhne sollten sich nach der Situation der jeweiligen Branche richten und die Sozialpartnerschaft hat dies über Jahre erfolgreich ermöglicht. Ein staatlich vorgeschriebener Mindestlohn stellt ein Misstrauensvotum gegenüber den Sozialpartnern dar und gefährdet die Vertragsfreiheit. Unser Kanton würde dadurch an Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität einbüßen.»

Lösungen suchen, statt falsche Anreize zu setzen

Ganz grundsätzlich setzt die Initiative falsche Anreize. Junge Menschen könnten versucht sein, direkt in den Arbeitsmarkt einzusteigen, anstatt eine fundierte Ausbildung zu absolvieren. Langfristig würde dies zu einer erhöhten Zahl von Personen im Tieflohnsektor führen, während gleichzeitig der Region wertvolle Fachkräfte und Innovation verloren gingen.

«Unqualifizierte Mitarbeitende, die fachlich schlecht ausgebildet sind, kann in gewissen Branchen kein höherer Lohn bezahlt werden», gibt Patrick Friker, Kantonsrat und Präsident Die Mitte Kanton Solothurn zu bedenken. «Die Lösung ist, diese Personen weiterzubilden und zu

fördern und ihnen somit eine bessere Gesamtqualifikation und die Chance auf einen besseren Lohn zu ermöglichen.»

André Wyss, EVP-Kantonsrat, verweist derweilen noch auf ein weiteres Argument: «Unternehmen könnten gezwungen sein, die höheren Kosten auf ihre Preise zu überwälzen. Dies ginge zulasten der Bevölkerung und betrifft die Personen und Haushalte mit geringem Einkommen am stärksten.»

Die Initiative schadet uns allen

Das Nein-Komitee ruft die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dazu auf, diese kontraproduktive Initiative abzulehnen. «Ein überhöhter Mindestlohn mag kurzfristig attraktiv erscheinen, doch langfristig schadet er uns allen», lautet das einhellige Fazit der breiten Front gegen einen kantonalen Mindestlohn im Kanton Solothurn.

Kontakt für Rückfragen:

Richard Aschberger: 079 308 93 04

Armin Egger: 078 642 28 43

Patrick Friker: 079 481 28 26

Stefan Nünlist: 079 460 15 90

André Wyss: 062 299 10 00